Stadt Plau am See



Öffentliches Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Infrastruktur und Umwelt

Sitzungstermin: Montag, 06.05.2024

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 19:15 Uhr

Ort, Raum: Rathaussaal, Markt 2, 19395 Plau am See

Anwesend

Vorsitz und Stellvertreter

Michael Klähn Heike Hartung

<u>Mitglieder</u>

Michael Feddeler Frank Neubauer Frank Sieland

Verwaltung

Sabine Krentzlin Katharina Klähn

Abwesend

Vorsitz und Stellvertreter

Klaus Baumgart entschuldigt

<u>Mitglieder</u>

Hannes Behrens entschuldigt

Verwaltungsleitung

Sven Hoffmeister entschuldigt

Gäste: Herr Stefan Andrees / Ingenieurbüro Andrees – bis TOP 5

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 1.2. Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 2. Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.04.2024
- 3. Mitteilungen
- Informationen des Ausschussvorsitzenden 3.1.
- 3.2. Informationen aus der Verwaltung
- 3.3. Anfragen der Ausschussmitglieder
- 4. Einwohnerfragestunde
- S/19/0408 5.

Antrag des WAZV Parchim - Lübz auf Überleitung des Schmutzwassers der Kläranlage Ganzlin zur Kläranlage Plau am See Nach Änderung der Tagesordnung wird TOP 5 nach TOP 6 beraten.

6.

Übersicht über Fällgenehmigungen und Ersatzpflanzungen in der Stadt Plau am See

S/19/0414 7.

> Anfrage zur 4. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 11 "Sonstiges Sondergebiet Bootshafen, Fischerei und Fremdenbeherbergung auf dem Kalkofen" der Stadt Plau am See.

Nach Änderung der Tagesordnung wird TOP 7 nach TOP 4 und vor TOP 5 beraten.

S/19/0416 8.

Geplante Unterhaltungsmaßnahmen im Tiefbau der Stadt Plau am See 2024

Nichtöffentlicher Teil

- 9. Genehmigung des Protokolls des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 15.04.2024
- 10. Anfragen und Mitteilungen
- 11. Schließung der Sitzung



Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Klähn eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Mitglieder und Gäste. Die Einladung ist an alle Ausschussmitglieder ordnungsgemäß und rechtzeitig zugestellt worden.

zu 1.1. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der stellv. Ausschussvorsitzende stellt den ordnungsgemäßen Einladungszugang und die Beschlussfähigkeit fest. Von 7 Ausschussmitgliedern sind 5 anwesend.

zu 1.2. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Der stellv. Vorsitzende bittet die anwesenden Mitglieder durch Abstimmung durch das Handzeichen, zu signalisieren ob sie einen Änderungsantrag der Tagesordnung zulassen.

Anzahl Mitglieder: 7

Abstimmungsergebnis:

anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	ausgeschlossen*
5	5	0	0	0

Herr Klähn beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 7 auf den Tagesordnungspunkt 5 vorgezogen wird. Die restlichen Tagesordnungspunkte passen sich dementsprechend der Verschiebung an.

Beschluss: Die anwesenden Mitglieder beschließen die beantragte Änderung der

Tagesordnung. Anzahl Mitglieder: 7

Abstimmungsergebnis:

anw	esend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	ausgeschlossen*
	5	5	0	0	0

^{*}Verfahrensvermerk: Mitwirkungsverbot aufgrund des §24 KV-M-V

zu 2. Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.04.2024

Das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.04.2024 wird genehmigt.

Anzahl Mitglieder: 7

Abstimmungsergebnis:

anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	ausgeschlossen*
----------	------------	--------------	--------------	-----------------



5	4	0	1	0
---	---	---	---	---

^{*}Verfahrensvermerk: Mitwirkungsverbot aufgrund des §24 KV-M-V

zu 3. Mitteilungen

zu 3.1. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Klähn berichtet, dass der Vorstand keinerlei Informationen für die Ausschussmitglieder hat.

zu 3.2. Informationen aus der Verwaltung

Frau Krentzlin berichtet, dass am heutigen Tag die Genehmigung zum Bau der vierten Abfahrt des Kreisverkehrs im Gewerbegebiet Güstrower Chaussee erteilt wurde. Ebenso informiert sie darüber, dass die Submission für das gesamte Gebiet heute Morgen endete und das es vier Angebote gibt. Herr Neubauer fragt an, ob die abgegebenen Angebote im kalkulierten Kostenumfang liegen. Frau Krentzlin bejaht dies und informiert, dass drei der vier Angebote in den Gesamtkosten nah beieinander liegen. Nun werden diese Angebote geprüft, um die Vergabe in der letzten Stadtvertretersitzung beschließen lassen zu können.

Frau Krentzlin informiert die anwesenden Ausschussmitglieder darüber, dass die Untere und die Obere Denkmalschutzbehörde am 03.05.2024 einen Erörterungstermin zur Aufhebung des Baustopps an der Burganlage hatten. Es sollen zeitnah Schritte zur Aufhebung des Baustopps ergehen. Hiernach könnten die Baumaßnahmen nach dieser Urlaubersaison wieder aufgenommen werden.

Frau Krentzlin merkt an, dass die Bürgerversammlung zum Thema "Verkehrskonzept" am 24.05.2024, um 18:30 Uhr, im Kino stattfindet.

Ebenso berichtet Frau Krentzlin, dass der Zustand des Wasserturmes desolat ist. Es ist zwingend notwendig, dieses Bauwerk zu sanieren, um es weiterhin für die Öffentlichkeit als Aussichtsturm nutzen zu können. Hierzu wird derzeit das Stellen eines LEADER-Antrags geprüft.

Im Bezug auf den Bebauungsplan Nr. 39 ,"Agri-Solaranlage" Hof Lalchow, informiert Frau Krentzlin die anwesenden Mitglieder, dass es aktuell zu einem Stillstand im Verfahren gekommen ist, da sich die Anwohner und der Investor bezüglich einer Heckenpflanzung nicht einigen können. Die Ausschussmitglieder stimmen der Meinung der Verwaltung zu, dass es keinenfalls die Aufgabe der Anwohner ist, sich um diese Angelegenheit zu kümmern.

Frau Krentzlin berichtet, dass ein Gutachter die Zufahrt zum Kalkofen als nur begrenzt befahrbar eingestuft hat. Dementsprechend wird die Sperrung nur begrenzt aufgehoben. Die Zufahrt soll zukünftig nur einspurig mit Fahrzeugen befahren werden dürfen, die eine Gesamtbreite von 2,10 Metern nicht überschreiten. Ebenso muss für die Durchfahrt eine Sondergenehmigung im Rathaus beantragt werden. Diese Sondergenehmigung wird dann personengebunden vergeben. Es wird nun in regelmäßigen Abständen geprüft, ob sich der Zustand der Zuwegung verschlechtert. Sollte dies der Fall sein, wird eventuell eine erneute Vollsperrung nötig sein. Herr Neubauer merkt an, dass er die Meinung vertritt, dass diese Straße und auch die Zuwegung zum Leuchtturm falsch gebaut wurden und er der Auffassung ist, dass man Regressansprüche geltend machen könnte. Frau Krentzlin erklärt den Ausschussmitgliedern, dass die Zuwegung fachlich korrekt erbaut wurde. Dies hat auch



ein Baugrundgutachter bestätigt. Hauptgrund für das Absacken der Zuwegung ist der morastige Untergrund, daher kann niemand in den Regress genommen werden. <u>Frau Hartung</u> ergänzt diesbezüglich, dass diese Zuwegung, ursprünglich als Baustraße errichtet wurde und nach der Fertigstellung des Gebietes ausschließlich als Fahrradweg zu befahren ist. <u>Frau Krentzlin</u> informiert abschließend darüber, dass eventuelle Sanierungsmaßnahmen nach Ende der Urlaubersaison vorgesehen sind.

zu 3.3. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Neubauer fragt an, ob auf der Bürgerversammlung bezüglich des Verkehrskonzeptes etwas final beschlossen wird? Frau Hartung erklärt, dass diese Veranstaltung ausschließlich zur Information gedacht ist. Es soll das Stimmungsbild der Bürgerinnen und Bürger eingefangen werden. Ausschließlich die Stadtvertretung kann diesbezüglich etwas beschließen. Frau Krentzlin empfiehlt, diesen Beschluss auch möglichst noch in dieser Wahlperiode zu fassen. Ansonsten wird die bis zum heutigen Tag geleistete Arbeit vermutlich nichtig werden. Frau Hartung hält einen sogenannten Testlauf von einem halben Jahr für die Sperrung der Hubbrücke für angemessen. Herr Klähn hält den Zeitraum für die Beschlussfassung für sehr gering. Ebenso gibt Herr Klähn zu bedenken, dass bei den letzten Zusammenkünften der Arbeitsgruppe "Verkehrskonzept" keine Einigung bezüglich der Art und Weise der Umsetzung erzielt werden konnte.

Nach reger Diskussion einigen sich alle anwesenden Ausschussmitglieder darauf, dass sie einen Beschluss noch in dieser Wahlperiode empfehlen.

<u>Herr Neubauer</u> erfragt, ob es einen neuen Entwicklungsstand bezüglich der Teileinziehung der Gemeindestraße "An der Metow 1 - 5" gibt. <u>Frau Krentzlin</u> informiert die Anwesenden Mitglieder, dass es nötig war, eine öffentliche Auslegung durchzuführen. Diese findet zur Zeit noch statt.

Herr Sieland informiert die anwesenden Mitglieder darüber, dass im Bebauungsplangebiet "Wohngebiet Quetziner Straße" auf der Fläche vor dem nördlichen Wall vermehrt Schutt abgeladen wird. Er möchte gerne von der Verwaltung wissen, ob diese Schuttablagen genehmigt sind? Frau Krentzlin versichert, dass diese Lagerung des Schuttes nicht zulässig ist und durch die Verwaltung keinesfalls genehmigt wurde. Ebenso merkte Frau Krentzlin an, dass der bestehende Wall aktuell nicht auf seiner finalen Position liegt. Dieser muss bei Erschließung des Gewerbegebietes "Rostocker Chaussee" noch verschoben werden.

zu 4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

zu 5. S/19/0408

Antrag des WAZV Parchim - Lübz auf Überleitung des Schmutzwassers der Kläranlage Ganzlin zur Kläranlage Plau am See

<u>Frau Krentzlin</u> informiert die anwesenden Ausschussmitglieder darüber, dass der WAZV Parchim – Lübz möchte, dass das Schmutzwasser der Kläranlage Ganzlin zur Kläranlage Plau am See übergeleitet wird. Hierzu fanden bereits in der Vergangenheit immer mal wieder Gespräche zwischen dem WAZV Parchim-Lübz und der Stadt Plau am See statt, in denen seitens der Stadtverwaltung immer die Position vertreten wurde, dass eine Übernahme des Schmutzwassers nicht möglich ist. Die Kläranlage Plau am See ist im Moment kapazitätsmäßig ausgelastet. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Ortsteile Karow und Leisten nicht an das Klärwerk Plau am See angeschlossen sind, sondern das Schmutzwasser über



den WAZV gereinigt wird. Ende 2022 wurden eine Kapazitätsanalyse und eine Machbarkeitsstudie zur Auslastung und möglichen Erweiterungsvarianten durchgeführt. In der Betrachtung wurden auch weitere geplante Baumaßnahmen innerhalb der Stadt in die Betrachtung einbezogen. In Auswertung der Studien wurden verschiedene Versuche auf der Kläranlage durchgeführt, ob der Bau einer Faulung sinnvoll ist. Im Ergebnis dieser Versuchsreihen wurde entschieden, zunächst nicht in diese Technologie zu investieren, da Kosten von ca. 3 Mio. Euro und Nutzen nicht in einem guten Verhältnis stehen. Um dennoch die Kapazitäten der Kläranlage zu erweitern, eine gesetzeskonforme Schmutzwasserbeseitigung zu gewährleisten und Energie einzusparen, sind für 2023/2024 folgende Maßnahmen geplant bzw. bereits umgesetzt worden: Zum einen wurde die Erweiterung der PV Anlage bereits durchgeführt. Desweiteren läuft eine Ausschreibung zur Beschaffung von zwei neuen Gebläsen für die Belüftung. In naher Zukunft wird dann abschließend die Erneuerung der Belüftung geplant. Hiernach soll im Praxisbetrieb geschaut werden, ob diese Maßnahmen ausreichen oder ob der Umbau des Rechensiebes zwingend erforderlich wird. Diese Maßnahmen tragen mit relativ geringen Mitteln dazu bei, das anfallende Schmutzwasser aus Plau am See zu reinigen. Herr Feddeler fragt an, ob die Kapazität der Kläranlage auch ausreicht, wenn alle Planungsgebiete von Plau vollständig erschlossen sind. Frau Krentzlin bejaht dies.

Die anwesenden Mitglieder des Ausschusses lehnen den Antrag des WAZV Parchim-Lübz ab.

zu 6. S/19/0409 Übersicht über Fällgenehmigungen und Ersatzpflanzungen in der Stadt Plau am See

Frau Krentzlin unterrichtet die Ausschussmitglieder über den aktuellen Stand der Ausgleichsund Ersatzpflanzungen für erteilte Fällgenehmigungen. Demnach sind noch insgesamt 143 Ersatzpflanzungen offen. Ebenso merkt sie an, dass dieser Aufgabenbereich erst seit Anfang des Jahres 2024 in die Zuständigkeit des Bauamtes fällt. Frau Hartung fragt an, ob diese Ersatzpflanzungen nie von der dafür zuständigen übergeordneten Behörde geprüft wurden. Diesbezüglich erklärt Frau Krentzlin, dass die Verwaltung ein Mahnschreiben erhalten hat und im Zuge dessen alle offenen Verfahren angegeben hat. Es wurde sich darauf geeinigt, dass nun systematisch alle Ersatzpflanzungsverfahren durchgeführt werden und die Stadt keinerlei Strafmaßnahmen erwarten darf. Abschließend fragt Frau Hartung, ob noch offene Fällgenehmigungen vorliegen. Dies verneint Frau Krentzlin.

zu 7. S/19/0414

Anfrage zur 4. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 11 "Sonstiges Sondergebiet Bootshafen, Fischerei und Fremdenbeherbergung auf dem Kalkofen" der Stadt Plau am See.

Herr Klähn fragt die anwesenden Ausschussmitglieder, ob es erwünscht ist, dass der anwesende Ingenieur Herr Andrees den Sachverhalt dieser Anfrage erläutert. Die Mitglieder sprechen sich für diesen Vorschlag aus.

Herr Andrees informiert, dass sich der Kalkofen mit dem Aussichtsturm und dem Hafen zu einem Tourismusschwerpunkt entwickelt. Es besteht ein akutes Parkplatzdefizit. Der Investor möchte eine Änderung bezüglich der 1. Teilfläche (Netztrockenplatz) und der 2. Teilfläche (Baufeld für Gaststätte/Bistro/Ferienwohnungen) beantragen. Es soll in der 4. Änderung die Bebauungsfläche im nördlichen Bereich durch eine Aufschüttungsfläche um ca. 1.250 m² erweitert werden, wodurch 31 weitere Parkplätze entstehen. Der Netztrockenplatz soll ebenfalls zu einer Parkfläche mit 27 Stellplätzen umgewandelt werden. Im Bereich der Bauanlage 3 sollen acht Stellplätze und im Bereich der Bauanlage 4 zusätzliche Stellplätze geschaffen werden. Ebenso wird ein weiteres Baufeld für acht schwimmende Ferienhäuser



vorgesehen. Es soll außerdem die Brachfläche, die ausschließlich saisonal als Parkfläche genutzt werden durfte, nun ganzjährig genutzt werden können.

<u>Frau Krentzlin</u> ergänzt die Ausführung von Herrn Andrees mit der Information, dass durch diese erneute Änderung des Bebauungsplanes die Fläche für die Gaststätte erneut deutlich verkleinert wird. Herr Feddeler äußert diesbezüglich seine Bedenken.

<u>Frau Hartung</u> erläutert detailliert, dass die Fläche die durch eine Aufschüttung zu einer Parkfläche umgewandelt werden soll, zum aktuellen Zeitpunkt ein schützenswertes Biotop ist. <u>Herr Andrees</u> informiert diesbezüglich, dass das Amt für Umwelt und Natur auf Nachfrage ausschließlich bei dieser Fläche eine Genehmigung für eine Umwandlung geben würde.

Daraufhin führt <u>Frau Hartung</u> weiter aus, dass bis jetzt in sämtlichen Änderungen auf viele Kompromisse eingegangen wurde. Für sie ist unverständlich, warum mehr Parkplätze gebaut werden sollen, wo es ja nicht mal eine offizielle Zufahrt für Fahrzeuge gibt. Sie äußert die Vermutung, dass Fakten geschaffen werden sollen, womit die Stadtvertretung unter Druck gesetzt werden soll, um Änderungen vornehmen zu müssen. Daher ist sie gegen diese Änderung.

<u>Frau Hartung</u> fragt an, ob die Ausgleichsmaßnahmen der letzten Änderungen bereits durchgeführt wurden. Sie zählt als Beispiele die Pflanzung von 71 Hochstämmen, 1.350 Sträuchern und die Anlage eines Waldmantels auf. <u>Herr Andrees</u> antwortet diesbezüglich, dass er weiß, dass alle Ausgleichsmaßnahmen, die in seine Zuständigkeit fallen, ausgeführt wurden.

Herr Neubauer stellt die Frage an die Ausschussmitglieder, ob sie nicht wollen, dass sich das Gebiet weiter entwickelt. Daraufhin antwortet <u>Frau Hartung</u>, dass dadurch einfach zu viel Natur zerstört wird. <u>Herr Neubauer</u> entgegnet mit dem Argument, dass die Stadt von dem Tourismus lebt. <u>Frau Hartung</u> unterstreicht ihre Einstellung mit der Tatsache, dass die Stadtvertreter in allen zuvor beschlossenen Änderungen schon zu viele Kompromisse auf Kosten der Natur eingegangen sind. Diese Aussage kommentiert <u>Herr Andrees</u> mit dem Argument, dass bei der ersten Planung im Jahr 2005 noch niemand wissen konnte, wie sich der Tourismus in der Stadt Plau am See entwickelt. Daraufhin unterstreicht <u>Frau Hartung</u> ihren Standpunkt nochmals, dass von Änderung zu Änderung immer mehr Natur zerstört wurde und dass es ein falsches Zeichen wäre, nun erneut ein Biotop zu zerstören und unsere Natur zu vernichten.

<u>Herr Klähn</u> stimmt der Meinung von Frau Hartung zu und spricht sich gegen diese Änderung aus. <u>Herr Feddeler</u> fordert, dass in erster Linie geprüft werden soll, ob alle Ausgleichsmaßnahmen ausgeführt wurden. Danach müsste man erst weitere Sachen besprechen. <u>Frau Krentzlin</u> bestätigt, dass die Verwaltung die Ausführung dieser Ausgleichsmaßnahmen kontrollieren wird.

<u>Frau Krentzlin</u> merkt an, dass die Beschlüsse der Stadtvertreter über mehrere Jahre die Fahrsituation in diesem Gebiet verändert haben. Der eigentliche Plan eine Bollerwagenstation zu nutzen, ist völlig in Vergessenheit geraten.

<u>Frau Hartung</u> unterstreicht zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes nochmals ihren Standpunkt mit den Argumenten, dass Ferienwohnungsvermieter in der Innenstadt auch keine Parkflächen für ihre Gäste direkt vor den Wohnungen bereitstellen können und dass sie es sehr schade findet, dass nicht alle Änderungsvorhaben offen kommuniziert werden.

zu 8. S/19/0416 Geplante Unterhaltungsmaßnahmen im Tiefbau der Stadt Plau am See 2024

<u>Frau Krentzlin</u> informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass für das Haushaltsjahr 2024 120.000 Euro für dieses Produktsachkonto eingeplant sind. Davon wurde bereits in der Mühlenstraße die Gosse und Pflasterung teilweise erneuert. Außerdem ist die



Fugensanierung einiger Asphaltstraßen, die Gehwegsanierung am Weidensoll, die Neuprofilierung der August-Bebel-Str. und die Unterhaltungsmaßnahmen für die Entwässerung Schillerstraße, Ecke Hermann-Niemann-Str., geplant. Für eventuelle unerwartete Schäden ist ebenfalls eine Summe eingeplant.

Ebenso teilt Frau Krentzlin mit, dass der Gehweg von der neuen Kindertagesstätte in Karow in Richtung Webermoor durch die Firma UGB erneuert wird. Es werden diesbezüglich keinerlei Kosten entstehen, da die Firma diese Erneuerung als Ausgleich für Beschädigungen der Asphaltdecke des Fahrradweges zwischen Klebe und Plau durchführt.

Vorsitz:	Protokollführung:
Michael Klähn	Katharina Klähn